



Vatersöhnchen

Der Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat zehn Gebote zur Leitkultur erlassen, um Deutschlands Identität zu sichern. Seine preußisch-hugenottische Sippe »lebte« die Leitkultur schon, bevor es Deutschland gab. Von Otto Köhler

SEITEN 12/13

Rauher Wind

Siemens geht gegen engagierten Betriebsrat vor. Der wehrt sich erfolgreich vor Gericht

2

Klare Analyse

Grundrechtebericht: »Gefährdung der Freiheitsrechte geht vom Staat aus.« Interview mit Elke Steven

3

Letzte Warnung

Bildungsmisere in Bremen: Gewerkschaft protestiert gegen Unterfinanzierung der Schulen

5

Neuester Streich

US-Präsident will Ölnotreserven halbiehren und Bohrungen in der Arktis zulassen. Von Klaus Fischer

9

Lynchmob in Caracas

Venezuela: Militante Regierungsgegner setzen auf Eskalation. Hunderttausende demonstrieren statt dessen beim »Marsch für den Frieden«. Von Volker Hermsdorf



Mit Benzin übergossen und angezündet: Der 21jährige Orlando José Figuera erlitt am Wochenende schwerste Verletzungen

Das Szenario in Venezuela weckt Erinnerungen an den Maidan. Am Wochenende jagten maskierte Regierungsgegner in Caracas einen jungen Mann, den sie offenbar für einen »Chavisten« hielten, durch die Straßen, übergossen ihn mit Benzin und zündeten ihn an. Der 21jährige Orlando José Figuera, der in einem Video als lebende Fackel zu sehen ist, erlitt schwerste Verbrennungen. Präsident Nicolás Maduro zeigte sich am Sonntag in seiner wöchentlichen Fernsehsendung »Los domingos con Maduro« alarmiert. Die Regierung sei besorgt über eine zunehmende faschistische Strömung innerhalb der rechten Oppositionsparteien. Maduro forderte die Bevölkerung auf, dem »Hass und der Intoleranz« der Rechten entgegenzutreten. Am gestrigen Dienstag beteiligten sich landesweit Hunderttausende an einem »Marsch für den Frieden«, zu dem Maduro aufgerufen hatte.

Die Contras setzen allerdings weiter auf Eskalation. Nachdem auf den Protestdemonstrationen zunächst vor allem Steine und Molotowcocktails geworfen wurden, greifen rechte Aktivisten mittlerweile gezielt Hilfs- und Versorgungseinrichtungen an. Ende letzter Woche hatten militante Gruppen in der von deutschen Einwanderern gegründeten Stadt Colonia Tovar gewütet, unter anderem einen Krankenwagen in Brand gesteckt und sechs Feuerwehrleute verletzt. In der Nacht zum Montag gingen bei einem Angriff auf das Verkehrsunternehmen »Transbolívar« 51 Autobusse in Flammen auf.

Die seit gut 50 Tagen laufenden Aktionen der rechten Opposition, die mit dem Ruf nach Neuwahlen den gewählten linken Präsidenten Nicolás Maduro stürzen will, erhalten zwar keinen weiteren Zulauf mehr, werden aber zunehmend brutaler. Zum »50. Aktionstag« hatte das Oppositionsbündnis

»Tisch der demokratischen Einheit« (MUD) unter dem Motto »Wir sind Millionen« am Sonnabend zu Massenprotesten aufgerufen. Gefolgt waren dem Aufruf nicht einmal ein Fünftel der erhofften Teilnehmer. Oppositionspolitiker Henrique Capriles, der für diesen Tag »mehr Schlagkraft« angekündigt hatte, versuchte daraufhin, mit einem Teil der Demonstranten auf einer nicht angemeldeten und nicht genehmigten Route zum Innenministerium im Zentrum der Hauptstadt vorzustoßen. Das Onlineportal tagesschau.de – Maidan lässt grüßen – berichtete verständnisvoll, die »Oppositionsanhänger« seien mit »Stöcken und Steinen bewaffnet« gewesen, um sich gegen die Polizei »zur Wehr zu setzen«. Einwohner der Hauptstadt berichteten dagegen von »paramilitärisch organisierten Gruppen, die gezielt Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften suchen und dabei Tote in Kauf« nehmen. Die bisherige

Bilanz beläuft sich auf mehr als 60 Todesopfer und über 900 Verletzte.

Mit dem gestrigen »Marsch für den Frieden« warb die Regierung erneut um Unterstützung für die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung (Asamblea Nacional Constituyente, ANC), in der Präsident Maduro die einzige Möglichkeit sieht, Gewalt und Terror im Land zu beenden. Der Leiter der Kommission zur Vorbereitung dieser Versammlung, Venezuelas früherer Vizepräsident Elías Jaua, berichtete am Montag, dass zahlreiche Gruppen der Zivilgesellschaft in den letzten Wochen bereits den Dialog über deren Inhalte aufgenommen haben. Jaua appellierte an den MUD und andere Oppositionelle, Vorschläge für eine friedliche Lösung einzubringen. Zugleich forderte er die Generalstaatsanwaltschaft auf, Straftaten aufzuklären und weitere Gewaltaufrechter Kräfte zu verfolgen.

■ kurzlink.de/Orlando_Caracas

Mehr Zivilisten in Syrien durch US-Angriffe getötet



Istanbul. Bei Luftangriffen der US-geführten »Anti-IS-Allianz« in Syrien und im Irak sind allein im April zwischen 283 und 366 Menschen ums Leben gekommen. Das erklärte die Initiative »Airwars« am Dienstag. Das sei nach dem März die bislang höchste Opferzahl innerhalb eines Monats seit Beginn der Bombardements im August 2014. Die Kriegsallianz unterstützt mit Luftangriffen lokale Milizen im Kampf gegen den »Islamischen Staat« (IS). »Airwars«-Direktor Chris Woods erklärte, die Daten der Monate seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump hätten einen »klaren Trend« ergeben: Vor allem in Syrien schienen die Zivilisten auf dem Schlachtfeld ungeschützt zu sein. »Airwars« wertet unterschiedliche Quellen aus, darunter Bilder und Angaben aus dem Internet. (dpa/W)

Kein Rückkehrrecht in Vollzeit

Berlin. Das geplante Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit ist gescheitert. Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) gab sich am Dienstag in Berlin enttäuscht. Sie warf der Union einen Bruch des Koalitionsvertrags vor, in dem CDU/CSU und Sozialdemokraten das Rückkehrrecht verabredet hatten. Dem Gesetzentwurf der Ministerin zufolge sollten Beschäftigte, die zeitlich begrenzt ihre Arbeitszeit verringern, danach zur ursprünglichen zurückkehren können. Während Nahles dies für Unternehmen ab 15 Beschäftigten vorsah, hätte die Union dies für solche mit 200 und mehr Mitarbeitern festlegen wollen. Das hätte mehr als drei Millionen Teilzeitbeschäftigte ausgeschlossen. Die gewerkschaftspolitische Sprecherin der Linken, Jutta Krellmann, forderte die SPD auf, zusammen mit Linken und Grünen das Rückkehrrecht noch vor der Wahl zu beschließen. (dpa/W)

■ Siehe Kommentar Seite 8

Anschlag erschüttert Manchester

Durch Bombenattacke bei Konzert sterben in England 22 Menschen

Ein Anschlag am Ende eines Popkonzerts im Zentrum der nordwestenglischen Großstadt Manchester forderte nach Angaben lokaler Rettungsdienste bisher 22 Menschenleben. Weitere 59 Personen wurden verletzt. Um 22.30 Uhr am Montagabend gab es eine Explosion im Eingangsbereich der »Manchester Arena«, der größten Veranstaltungshalle Europas.

Zu dieser Zeit fand ein Konzert der US-amerikanischen Sängerin Ariana Grande statt, mit bis zu 22.000 Besuchern, darunter viele Jugendliche

und Kinder. Sie waren teilweise aus ganz Nordengland und Schottland angereist.

Die Einwohner der Arbeiterstadt Manchester reagierten mit Solidarität auf den Anschlag. Obdachlose, die an den Ausgängen der Arena um Geldspenden betteln wollten, leisteten erste Hilfe. Taxifahrer fuhren Betroffene kostenlos nach Hause oder in Krankenhäuser. Hotels standen unter Schock herumirrenden Menschen offen, ebenso viele Privatwohnungen. Tausende gingen am folgenden Tag Blut spenden.

Der »Islamische Staat« (IS) soll sich zu dem Anschlag bekannt haben. Noch ist aber unklar, ob der IS ihn tatsächlich ausgeführt hat. Der mutmaßliche Täter sei bei der Explosion ums Leben gekommen, so die Polizei. Am Dienstag wurde das »Arndale Centre«, ein großes Einkaufszentrum in der Nähe der »Manchester Arena«, zeitweise geräumt und mindestens eine Person festgenommen. Zudem fanden Hausdurchsuchungen statt.

Bürgermeister Andrew Burnham erklärte in einer Stellungnahme, der Geist Manchesters werde überleben.

»Soweit möglich, wird heute ein normaler Arbeitstag sein«, hieß es weiter. Teile der Innenstadt blieben jedoch den ganzen Tag gesperrt.

Für Dienstagabend war eine große Trauerveranstaltung auf dem Rathausplatz angekündigt. In einer Stellungnahme sagte der lokale Gewerkschaftsbund: »Wir sind solidarisch mit allen Gemeinschaften, die in Manchester leben. Wir richten uns gegen reaktionäre Kräfte, die den Anschlag für ihre widerlichen Zwecke missbrauchen wollen.«

Christian Bunke, Manchester

jW wird herausgegeben von 2.041 Genossinnen und Genossen (Stand 28.4.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

